



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Libanon – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

10. Januar 2022

Wirtschaftslage

Am 07.01.22 wurde das Libanesisches Pfund auf dem Schwarzmarkt mit 1:30.000 zum US-Dollar gehandelt (fester Wechselkurs bis 2019: 1:1.500). Die Stadt Aarsal erklärte einen Brennstoffnotstand, da in Anbetracht der erwarteten Temperaturen für Januar bis März 2022 und der Preiserhöhungen bei Brennstoff um ca. 350 % davon auszugehen ist, dass viele Menschen nicht werden heizen können. UNHCR und andere NGOs haben ihre Zuwendungen deutlich reduzieren müssen und könnten für die syrische Flüchtlingspopulation nur noch etwa 30 % der benötigten Hilfsgüter zur Verfügung stellen. Am 08.10.22 kam es zu einem landesweiten Stromausfall, nachdem Protestierende eines der größten Umspannwerke des Landes gestürmt hatten. Große Teile des Landes haben derzeit im Normalbetrieb nur eine bis drei Stunden Strom am Tag. Bereits im Oktober 2021 war es zu einem landesweiten Stromausfall aus Brennstoffmangel gekommen, der durch die Bereitstellung militärischer Reserven beendet werden konnte.

17. Januar 2022

Wirtschaftslage

Am 11.01.22 wurde erneut der (subventionierte) Brot-Preis angehoben. Dabei wird eine Packung mit 800-820 Gramm Fladenbrot künftig rd. 10.000 LBP kosten. Zum Vergleich: Im Juni 2021 erfolgte eine Anhebung auf 3.200 LBP für 900 Gramm. Seit Anfang 2021 gibt es im Abstand weniger Wochen jeweils Preiserhöhungen. Gerüchten über eine Mehlnappheit wurde breit widersprochen. Weizen wird im Libanon überwiegend importiert, sodass die Verfügbarkeit von den Dollarreserven des Landes abhängt. Am 16.01.22 kam es in einem großen Teil Beiruts zu einem Internetausfall, da die Betreibergesellschaft OGERO keinen Diesel für ihre Generatoren bekam. Nach einer Privatspende konnte der Betrieb nach einigen Stunden vorerst weitergehen. Imad Kreidiyeh, der Leiter des staatlichen Unternehmens, drohte mit Rücktritt, da die Versorgung nach seiner Darstellung vor allem an bürokratischen Hindernissen gescheitert sei, da der zuständige Beamte schlicht nicht auf seinem Posten gewesen sei. Der derzeit zur Verfügung stehende Treibstoff reiche nur drei Tage. Am 14.01.22 erlaubte die Notenbank erstmal wieder den unbegrenzten Ankauf von US-Dollar zu einer günstigen Quote durch Banken. Dies sorgte zumindest kurzfristig für ein Ansteigen des Lira-Kurses auf 1:27.000; wie lange diese Politik betrieben werden kann ist jedoch sehr ungewiss in Anbetracht der geringen Dollarreserven.

24. Januar 2022

Spendenaufwurf des UNRWA

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) hat die internationale Gemeinschaft am 19.01.22 zur Bereitstellung dringend benötigter finanzieller Mittel aufgerufen, um die Unterstützung

palästinensischer Flüchtlinge in Libanon weiterhin gewährleisten zu können. Die schwere Wirtschaftskrise in Libanon hat die Lage der Palästinenser vor Ort verschärft, laut UNRWA ist davon besonders der Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung betroffen.

31. Januar 2022

Wirtschaftslage

Am 28.01.22 veröffentlichte UNICEF einen Report, nach dem die Krise im Libanon massive Auswirkungen auf die Bildung von Kindern und Jugendlichen habe. 31 % der Jugendlichen im Libanon seien weder in Schule, Ausbildung noch in irgendeiner Form regulärer Beschäftigung. Die Beschulungsrate sei von (bereits relativ niedrigen) 60 % im Schuljahr 2020/2021 auf 43 % im Schuljahr 2021/2022 gesunken. Derzeit würden in rd. 13 % der Familien minderjährige Familienmitglieder durch Erwerbsarbeit zum Haushaltseinkommen beitragen, zudem seien 9 Ausgaben sowohl für Bildung als auch Gesundheit in vielen Fällen zugunsten von Ausgaben für Nahrung oder Wohnraum reduziert worden. Lediglich rd. 60 % aller Minderjährigen hätten in der Praxis im Notfall Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung gehabt. Die USA kündigten am 28.01.22 an, 67 Mio. USD an zusätzlicher Militärhilfe an das libanesische Militär zu senden. Diese sei explizit dazu vorgesehen, die Versorgung der libanesischen Streitkräfte mit lebensnotwendigen Gütern sicherzustellen. Als Gründe werden die ökonomische Krise und die Befürchtung weiterer Unruhen genannt.

07. Februar 2022

Protste gegen steigende Preise

Am 02.02.22 haben Transportunternehmen einen für drei Tage angesetzten Streik in Beirut begonnen, um gegen die steigenden Treibstoffpreise und die schlechte wirtschaftliche Situation allgemein zu protestieren. Durch die Straßenblockaden kam es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Bereits am gleichen Abend wurde der Streik jedoch beendet, gewalttätige Zwischenfälle wurden nicht berichtet.

14. Februar 2022

Kabinett verabschiedet Haushaltsgesetzesentwurf

Am 10.02.22 hat sich das libanesische Kabinett auf den Haushalt für das laufende Jahr geeinigt. Der Haushalt umfasst ein Defizit von rd. 17 % und wird dem Sayrafa-Wechselkurs folgen. Strom- und Energiekosten sind nicht im Haushalt berücksichtigt, diese sollen in den kommenden Wochen separat festgelegt werden. Der libanesische Premierminister Mikati verkündete, dass es aufgrund finanzieller Defizite keine kostenlose Bereitstellung von Strom und Wasser mehr geben werde. Vor Inkrafttreten muss der Haushalt in der kommenden Woche noch vom Parlament angenommen werden. Libanon befindet sich seit rd. zwei Jahren in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, die Energieversorgung im Land ist größtenteils zusammengebrochen.

21. Februar 2022

Vorfälle an der israelisch-libanesischen Grenze

Am 17.02. und 18.02.22 kam es im libanesisch-israelischen Grenzgebiet zu zwei Zwischenfällen, bei denen jeweils eine Drohne aus dem Libanon in israelischen Luftraum eindrang. Die Drohne am 17.02.22 wurde möglicherweise abgeschossen, während die Drohne vom Folgetag wieder in den Libanon zurückkehrte. Die Hisbollah hatte kurz zuvor verkündet, dass sie inzwischen in der Lage sei, im Libanon militärische Drohnen herzustellen und außerdem tausende Raketen mit präzisen Lenksystemen ausstatten zu können. Inwieweit dieses Statement reale Kapazitäten abbildet, ist unklar. Von israelischer Seite wird eine solche Entwicklung allerdings seit längerem befürchtet.

28. Februar 2022

Geringe Weizenbestände

Wirtschaftsminister Amin Salam hat am 25.02.22 bekannt gegeben, dass die Weizenvorräte in Libanon für höchstens einen Monat ausreichen. Das Land importiert rd. 60 % seines Weizens aus der Ukraine, Verhandlungen

mit anderen Ländern über alternative Weizenlieferungen wurden aufgenommen. Seit der Explosion eines Lagerhauses im Hafen von Beirut im August 2020 können keine größeren Getreidebestände gelagert werden.

Anschläge vereitelt

In einer Pressekonferenz am 23.02.22 hat das Innenministerium bekannt gegeben, dass Sicherheitskräfte Anschläge auf die südlichen Vororte von Beirut verhindert haben. Laut Innenministerium sollten drei separate Angriffe erfolgen. Eine Zelle des IS im palästinensischen Flüchtlingslager „Ain al-Hilweh“ nahe der südlibanesischen Stadt Sidon sei für die Anschlagplanung verantwortlich. Sicherheitskräfte hatten Tatverdächtige festgenommen und auch Munition und Waffen sichergestellt. Die südlichen Vororte von Beirut sind schiitisch geprägt und eine Hochburg der Hisbollah.

07. März 2022

Auswirkungen der russischen Invasion der Ukraine

Ein erheblicher Teil des Weizens und anderer Lebensmittel des Libanon, der zu über 80 % auf Lebensmittelimporte angewiesen ist, sowie des Benzins für den Libanon stammen aus den beiden kriegführenden Staaten. Politiker und Verbandsvertreter riefen dazu auf, weder Treibstoff noch Brot zu horten, die Versorgung sei jeweils noch zumindest für etwa einen Monat sichergestellt und andere Quellen würden erwogen. Vor Tankstellen und Bäckereien bildeten sich erneut lange Schlangen, nachdem es zuletzt eine gewisse Beruhigung gegeben hatte.

14. März 2022

Wirtschaftslage

Die durch den Krieg zwischen Russland und der Ukraine drohende Nahrungsmittelknappheit sorgt in Anbetracht der relativ niedrigen Lagerbestände des Libanon für vielfältige diplomatische Bemühungen. Nachdem andere Länder aus ähnlichen Gründen Hilfszusagen bisher abgelehnt haben, wurde ein Hilfsersuchen um Lieferungen von Mehl und Speiseöl an die USA gesandt. Auch Preise für Treibstoff erhielten einen weiteren Schub, was die ökonomische Krise ebenfalls verschärft und auch Auswirkungen auf die sehr fragile Stromversorgung haben wird. Erneut kam es zu einem Absinken der libanesischen Lira auf dem Schwarzmarkt, allerdings interveniert die Zentralbank weiter mit Stützungskäufen.

21. März 2022

Wirtschaftslage

Am 17.03.22 wurde ein neuer Plan zur Reform des Energiesektors im Kabinett verabschiedet. Derzeit ist in großen Teilen des Landes de facto keine Energieversorgung möglich, in vielen nur stundenweise. Teile des Plans umfassen die Einsetzung einer Aufsichtsbehörde, den Import von Elektrizität aus Jordanien und Gas aus Ägypten sowie Pläne für einen Kraftwerkeubau im Norden des Landes. Die chronische Unterfinanzierung und Subventionierung von Energie trug in den letzten Jahrzehnten erheblich zur Staatsverschuldung des Libanon bei. Eine umfassende Restrukturierung der Energieversorgung gehört zu den Bedingungen möglicher internationaler Geldgeber. Es handelt sich inzwischen um den dritten Plan zur Erreichung dieses Zieles, die vorherigen konnten aufgrund politischer Uneinigkeit nicht implementiert werden. Am 16.03.22 trafen sich Vertreter Saudi-Arabiens und Frankreichs, um gemeinsame Hilfen für den Libanon in Form der Finanzierung humanitärer Projekte zu diskutieren. Teil des offiziellen Statements war die eindeutige Aussage der saudischen Delegation, dass keinerlei saudisches Geld durch die Hände staatlicher libanesischer Institutionen fließen wird.

28. März 2022

Wirtschaftslage

Nach der relativen Stabilisierung des libanesischen Pfundes zum US-Dollar bei etwa 1:20.000 im Januar 2022 sorgen sowohl der Krieg in der Ukraine, als auch komplexe juristische Auseinandersetzungen zwischen der Justiz und einigen zentralen Akteuren des libanesischen Finanzsektors für ein erneutes deutliches Absinken des Kurses auf etwa 1:25.000. Die USA kündigten eine Aufstockung des Hilfsprogramms für den Libanon um ca. 64 Mio. USD an,

das weitgehend aus Nahrungsmittellieferungen an das UN Food Programm sowie Gutscheinen zum Kauf von Lebensmitteln auf lokalen Märkten bestehen wird. Die Hilfe ist so dem direkten Zugriff des libanesischen Staates entzogen. Am 22.03.22 wurde zudem bekannt, dass Saudi-Arabien bereits 36 Mio. USD für einen ähnlichen, zusammen mit Frankreich organisierten Hilfsfonds bereitgestellt hat.

04. April 2022

Wirtschaftslage

Der libanesische Energiesektor hat erhebliche Probleme, die Stromversorgung für die Wahlen am 15.05.22 zu garantieren. Es werden Kosten von etwa 16 Mio. USD veranschlagt, was das Gesamtbudget für die Wahlen um 30 % übersteigt. Der Ablauf der Wahlen ist derzeit nicht gesichert. Die libanesische Zentralbank hat am 30.03.22 verfügt, dass der Privatsektor keine Restriktionen für das Abheben von Gehältern von Angestellten des Öffentlichen Sektors mehr verhängen darf. Das Vereinigte Königreich kündigte eine Spende von Ersatzteilen, speziell für Landrover, für die libanesische Armee an.

11. April 2022

Einigung mit internationalem Währungsfonds

Am 07.04.22 erzielte die libanesische Regierung eine vorläufige Einigung mit dem Internationalen Währungsfond (IWF). Seitens der Regierung wurde zugesagt, die vom IWF geforderten Reformen umzusetzen, im Gegenzug würde Libanon milliardenschwere Kredite erhalten, um seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Die tatsächliche Umsetzung der Einigung ist unterdessen nicht gesichert, da die Zustimmung der IWF-Führungsebene noch aussteht und im Zuge der Parlamentswahlen im Mai 2022 eine neue Regierung gebildet wird. Die libanesische Wirtschaft befindet sich seit 2019 in einer der weltweit schwersten Krisen, erst am 03.04.22 hatte Vize-Premierminister al-Shaami den libanesischen Staat sowie die libanesische Zentralbank für bankrott erklärt.

25. April 2022

Auswirkungen der Krise auf die Gesundheit von Kindern

Am 20.04.22 veröffentlichte UNICEF den Report „A worsening health crisis for children“ zu den Auswirkungen der multidimensionalen Krise des Libanon auf die Gesundheit von Kindern. So sei die Impfquote für empfohlene 8 Impfungen bei Kindern im Laufe des letzten Jahres von einem niedrigen Niveau aus noch einmal um etwa 30 % zurückgegangen; viele Familien könnten sich schon den Weg zum nächsten Gesundheitszentrum nicht leisten. Etwa 50 % der Familien seien nicht in der Lage, benötigte Medikamente zu erhalten. Die Quote der Kinder ohne Zugang zu Gesundheitsversorgung sei inzwischen auf 34 % gestiegen. 53 % aller Kinder müssten am Tag auf mindestens eine Mahlzeit verzichten.

Bootsunglück vor der Küste von Tripolis

Am 23.04.22 kenterte ein Boot, das etwa 60 Personen nach Zypern bringen sollte, vor der Küste von Tripoli. Es wurde von zwei Schiffen der libanesischen Marine angehalten. Laut Aussagen der Marine sei es bei einem Manöver des Bootskapitäns gekentert, laut Aussagen mehrerer Überlebender hat eines der Schiffe das Boot gerammt. 48 Personen konnten gerettet werden, sechs Leichen wurden bisher geborgen, darunter auch ein Kind. Das Bootsunglück sorgte am Folgetag für Proteste in Tripoli, die Demonstrierenden forderten Rechenschaft für das Vorgehen der Marine, die ihrerseits in einem Statement darauf hinwies, dass der Transport so vieler Menschen auf dafür ungeeigneten Booten per se illegal sei.

02. Mai 2022

Auswirkungen der Krise

Am 29.04.22 verkündete die General Security Agency, dass sie vorerst keine weiteren Termine zur Passerneuerung annehmen werde, da der Andrang schlicht zu groß sei. Seit Beginn der umfassenden Wirtschafts- und Währungskrise hat sich die Nachfrage nach Pässen mehr als verzehnfacht. Die Ausstellung sei aufgrund von Mangel

an Personal und Material nicht in dieser Menge möglich. Der Iran hat am 30.04.22 angeboten, den Libanon erneut mit Rohöl und Weizen zu beliefern.

Grenzzwischenfall in Wadi Khaled

Am 27.04.22 kam es im Grenzgebiet von Wadi Khaled zu einem Feuergefecht, nachdem ein dem IS zugeordneter Flüchtender von den libanesischen Kräften vor Ort erschossen worden war. Es gab keine weiteren Opfer.

09. Mai 2022

Wahl

Am 06.05.22 begann die Parlamentswahl für Auslandslibanesinnen und -libanesen zunächst in zehn benachbarten Ländern, am 08.05.22 dann in 48 überwiegend westlichen Ländern. Die Wahl im Libanon selbst ist auf den 15.05.22 angesetzt. Bisher zeigen erste Ergebnisse eine sehr hohe Wahlbeteiligung der Auslandslibanesinnen und -libanesen. Sämtliche politischen Parteien riefen zur Stimmabgabe auf. Aufgrund des komplexen Wahlrechtes und des Religionsproporz bei den Abgeordneten ist das Ergebnis kaum demoskopisch verlässlich abzuschätzen.

16. Mai 2022

UN-Sonderberichterstatte: Menschenrechtsverletzungen durch politisches Missmanagement

Der UN-Sonderbeauftragte für Armut und Menschenrechte, Olivier De Schutter, wirft in seinem am 11.05.22 veröffentlichten Bericht der libanesischen Regierung inklusive der libanesischen Zentralbank vor, durch jahrelanges Missmanagement und Korruption große Teile der Bevölkerung in die Armut getrieben zu haben. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise sowie deren Auswirkungen auf die Versorgungslage bezeichnete er als „von Menschen gemacht“. Er rief die zukünftige Regierung auf, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen.

Wahlen im Libanon

Die Parlamentswahlen in Libanon sind am 15.05.22 zu Ende gegangen. Die Wahlen selbst verliefen bis auf wenige Ausnahmen weitgehend friedlich, in den Wahllokalen gab es jedoch keinen Strom. Die Wahlbeteiligung in Libanon betrug ersten Schätzungen zufolge rd. 41 %, mehrere Gruppierungen hatten die Wahl boykottiert. Dies ist die erste Wahl seit Beginn der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Explosion im Beiruter Hafen. Bislang sind noch nicht alle Stimmen ausgezählt.

23. Mai 2022

Ergebnisse der Parlamentswahlen

Am 17.05.22 wurde das offizielle Wahlergebnis der Parlamentswahlen bekanntgegeben: Die schiitischen Parteien Hisbollah und Amal gewannen insgesamt 28 der 128 Sitze. Durch Verluste von verbündeten Parteien hat die proHisbollah Allianz insgesamt jedoch ihre parlamentarische Mehrheit verloren. Die christlichen und pro-saudischen Forces Libanaises (FL) erzielten 19 Sitze (2018: 15), das ebenfalls christlich dominierte aber mit Hisbollah verbündete Free Patriotic Movement (FPM) gewann 17 Sitze (2018: 20) und ist damit nicht länger die stärkste christliche Partei. Unabhängige Anti-Establishment-Kandidaten, die zum Teil der Protestbewegung entstammen, schnitten überraschend gut ab und gewannen 16 Sitze. Im neu gewählten Parlament hat nun kein Block die Mehrheit, was eine zeitnahe Regierungsbildung möglicherweise erschwert. Anders als zunächst angegeben, lag die Wahlbeteiligung nicht bei 41 %, sondern wurde seitens der Behörden auf 49 % korrigiert.

Versorgungslage

Nachdem es zu Zahlungsausfällen der libanesischen Zentralbank für Weizen gekommen ist, haben sechs Mühlen ihre Arbeit vorübergehend eingestellt; durch den daraus entstandenen Mangel an Mehl ist das Angebot an Brot in Bäckereien und Supermärkten stark gesunken. Am 18.05.22 wurde auf dem Schwarzmarkt für Brot rd. 19 EUR verlangt. Am 19.05.22 wurde eine Einigung bezüglich der Mehlproduktion verkündet, gleichzeitig hat das Wirtschaftsministerium die neuen Preise für das in Libanon staatlich subventionierte Brot verkündet, wonach ein Kilo Brot nun knapp 10 EUR kostet. Die Preise für Treibstoff betragen am 19.05.22 rd. 17,40 EUR pro Liter

Normalbenzin und mehr als 21 EUR für den Liter Diesel. Grund sind die steigenden Weltmarktpreise und ein weiterer Wertverlust des LBP gegenüber dem USD.

30. Mai 2022

Wirtschaftliche Lage

Die libanesische Zentralbank hat am 24.05.22 die Pläne zu Finanzreformen der Regierung zurückgewiesen; Reformen im Finanzsektor sind eine grundlegende Bedingung des Internationalen Währungsfonds (IWF), um dringend benötigte Finanzhilfen freizugeben. Unterdessen hat das LBP weiter an Wert verloren und wurde am 27.05.22 auf dem Schwarzmarkt mit 37.900 LBP gegenüber dem USD gehandelt, der bislang tiefste Stand aller Zeiten. Eine Regierungsbildung ist weiterhin nicht in Sicht, nach den Wahlen ist das Parlament faktisch in Unterstützer und Gegner der Hisbollah gespalten. Am 26.05. und 27.05.22 haben einige hundert Ärzte und Pflegekräfte in Beirut gestreikt, um auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im medizinischen Bereich aufmerksam zu machen; die Wasser- und Stromversorgung ist auch in Krankenhäusern nicht gewährleistet, zudem können Gehälter regelmäßig nicht gezahlt werden.

13. Juni 2022

Wirtschaftslage

Am 10.06.22 gab die General Security bekannt, dass ab dem 13.06.22 wieder Termine für die Beantragung eines Passes vergeben werden können. Die Terminvergabe war im April 2022 gestoppt worden. Die General Security rief dazu auf, nur dann einen Pass zu beantragen, wenn dieser wirklich dringend benötigt würde.

20. Juni 2022

Wirtschaftslage

Das libanesische Pfund gab auf dem Schwarzmarkt weiterhin nach und überschritt die Schwelle von 30.000 LBP für einen USD flächendeckend. Stützungskäufe der Zentralbank hatten vor der Wahl eine zeitweilige Stabilisierung hervorgerufen, die aber nicht nachhaltig war. Nach Einschätzung des Lebanon Office of the United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (einer lokalen Unterorganisation des OCHA) sind derzeit 2,5 Mio. Libanesen, Palästinenser und sonstige Einwohner des Libanon sowie etwa 1,5 Mio. Syrer im Libanon auf humanitäre Hilfe angewiesen. Aus dem ebenfalls OCHA zugeordneten Lebanon Humanitarian Fund wurden weitere 16 Mio. USD an humanitärer Hilfe bereitgestellt.

27. Juni 2022

Wirtschaftslage

Am 22.06.22 stellten mehrere Bäckereien, v.a. in Sidon, ihre Produktion aufgrund von Mehlmangel ein. Bereits in den Monaten zuvor war Mehl rationiert und für die Herstellung von Brot zweckgebunden worden. Der Brotpreis wird grundsätzlich im Libanon staatlich kontrolliert und war wiederholt erhöht worden, teilweise durch direkte Preiserhöhungen, teilweise durch Verkleinerung der Portionsgrößen. In der Folge stiegen die Schwarzmarktpreise für Brot, einzelne Packungen wurden teilweise zum fast doppelten Preis gehandelt. Am 23.06.22 sorgte der Strommangel für einen weitgehenden Ausfall der Wasserversorgung in Teilen Beiruts und Berg Libanons. Vor einem Ausfall großer Teile der Wasserversorgungsinfrastruktur durch mangelnde Wartung, Überalterung, Überbeanspruchung und regelmäßige Stromausfälle wird seit Jahren von Experten gewarnt.

LGBTIQ-Rechte

Am 26.06.22 gab der kommissarische Innenminister Bassam Mawlawi bekannt, dass er die Sicherheitskräfte angewiesen habe, künftig Versammlungen der LGBTIQ-Community aufzulösen. Dies erfolgte auf öffentlichen Druck religiöser Autoritäten. Im Libanon ist der Umgang mit LGBTIQ zwar grundsätzlich liberaler als andere Staaten im regionalen Umfeld, Übergriffe der Sicherheitskräfte sind dennoch nicht selten und die rechtliche Bewertung insbesondere von Homosexualität ist aufgrund nicht einheitlicher Rechtsprechung und eines unklaren Gesetzestextes nicht gesichert. Die Entscheidung zog innerhalb des Libanon erhebliche Kritik nach sich.

